

Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Dieses Blatt ist mit Anzeigen der Gewerbe- und Industrie-Verwaltung...
 Der Reichspräsident hat dem bisherigen Reichskanzler
 Schuler angedeutet, dass er sich nach dem Reichstage zu dem
 Reichskanzler zu ernennen gedenkt, was den Reichskanzler
 sehr überrascht hat. Infolge der Ernennung des Reichskanzlers
 hat Herr Dr. Birtz die Stelle des Reichskanzlers angetreten.
 Infolge der Ernennung des Reichskanzlers hat Herr Dr. Birtz
 die Stelle des Reichskanzlers angetreten.



Erscheint seit dem Jahre 1841

Das Blatt kostet monatlich 1.00 M., vierteljährlich 2.50 M., halbjährlich 4.50 M., ein Jahr 8.00 M., durch den Postweg einschließlich der Zustellungsgebühren...
 Der Reichspräsident hat dem bisherigen Reichskanzler
 Schuler angedeutet, dass er sich nach dem Reichstage zu dem
 Reichskanzler zu ernennen gedenkt, was den Reichskanzler
 sehr überrascht hat. Infolge der Ernennung des Reichskanzlers
 hat Herr Dr. Birtz die Stelle des Reichskanzlers angetreten.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weiden, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt...
 Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rätzig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 110.

Freitag den 13. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Kesselsdorf.

Freitag den 13. Mai vormittags von 10—12 Uhr Ausgabe der neuen Landes-Sperkarten für Magermilch im Gemeindevorstand. Kesselsdorf, am 12. Mai 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Reichspräsident hat dem bisherigen Reichskanzler Schuler angedeutet, dass er sich nach dem Reichstage zu dem Reichskanzler zu ernennen gedenkt, was den Reichskanzler sehr überrascht hat.
- * Der Reichstag hat das Ultimatum der Entente mit 221 gegen 175 Stimmen angenommen.
- * Infolge der Annahme des Ententeultimatums ist die deutsche Mark an den Börsen etwas gestiegen.
- * Die Düsseldorfener Stadtverwaltung teilt mit, daß die Kosten für die französische Besetzung sich auf 30 Millionen innerhalb zweier Monate belaufen.
- * Briand erklärte Pressevertretern, daß er keine Angriffe seitens der Kammer erwarte und die Vertrauensfrage stellen wolle.

Vor neuen Aufgaben.

Um die mitternächtige Stunde, genau eine Tagesstunde vor Ablauf des furchterlichsten Ultimatum, das einem großen Volke von verblickenden Siegern jemals gestellt worden ist, hat der Deutsche Reichstag die nunmehr in aller Eile zusammengestellte neue Regierung zur Annahme der feindseligen Forderungen ermächtigt. Ohne Vorbehalte und Bedingungen — ganz wie der Oberste Rat es vorgeschrieben hat, ohne Abzug und ohne Verzug, mit allen Klauseln und allen Blankovollmachten.

Nicht mit verbundenen Augen hat die Reichstagsmehrheit diesen Sprung gewagt: Herr Dr. Birtz, der neue Reichskanzler, hat es wohl mit vollem Bedacht ausgesprochen, daß die Fraktionen sich in eindringlichsten Beratungen Rechenschaft abgelegt hätten über das, wozu sie sich entschlossen hätten. Die Forderung des Reichstages ist, hat der Deutsche Reichstag die nunmehr in aller Eile zusammengestellte neue Regierung zur Annahme der feindseligen Forderungen ermächtigt. Ohne Vorbehalte und Bedingungen — ganz wie der Oberste Rat es vorgeschrieben hat, ohne Abzug und ohne Verzug, mit allen Klauseln und allen Blankovollmachten.

Von den Parteien auf der Gegenseite scheiden die Demokraten aus, da sie zur Hälfte für, zur Hälfte gegen das Ultimatum gestimmt haben. Das Zentrum? Es ist sich, und das mit vollem Recht, viel darauf zugute, daß es sich niemals von Prinzipienreiterei leiten lasse. Das Zentrum hat diesmal die Reichsparteien, die in früherer langjähriger Arbeitsgemeinschaft die Zentrumsfraktion auf ihrer Seite zu finden gewohnt waren, allein gelassen. Statt dessen hat es diesmal, als die Sozialdemokraten sich für die Annahme des Ultimatum ausgesprochen hatten, an deren Spitze Auffstellung genommen und damit den Kern der Ja-Mehrheit geschaffen, die die bisherige Regierungsmehrheit zu ersetzen bestimmt war. Selbst wenn politisch-taktische Erwägungen dabei mitgewirkt haben sollten, so würde das nicht den mindesten Vorwurf der jetzigen Gegner gegen das Zentrum begründen, denn es ist zuzugeben, daß eine reine Linksregierung wahrscheinlich gewesen wäre, — wenn sie überhaupt zustande gekommen wäre. Die Sozialdemokraten hatten sich zu ihrer Bildung den Unabhängigen gegenüber wohl angeboten, aber eine Reichstagsmehrheit wäre unter dieser Voraussetzung nicht aufzustellen gewesen, und so konnte nur eine geistliche Regierung in Frage kommen. Der Frontwechsel der Reichstagsmehrheit, die noch vor wenigen Tagen die ganze Verantwortung den Bürgertlichen überlassen wollten, ist der Öffentlichkeit ziemlich überraschend gekommen, und man ist geneigt, ihn auf neuerwachte Herrschaftsgelüste für das Reich nicht nur, sondern auch für Preußen — zurückzuführen. Sie selber bezeichnen umgekehrt ihren Entschluß als ein schweres Opfer, das sie im Interesse des deutschen Volkes auf sich nehmen; und wenn sie infolge davon dann auch die entsprechenden Rechtspositionen mit Beschlag belegten, so leistet sie dabei, wie sie versichern, ausschließlich die Erkenntnis, daß sie nur unter dieser Voraussetzung in der Lage wären, die mit der Unterzeichnung des Ultimatum der Entente wie dem eigenen Volke gegenüber zu-

sagten Verpflichtungen sinn- und wortgemäß zu erfüllen. Ein Grund, in dessen Ernstlichkeit grundsätzliche Gegner wohl Zweifel setzen mögen, dessen innere Berechtigung aber ehrliebsweise gar nicht bestritten werden kann. Verantwortung muß sich, wenn sie mehr als ein Papierdasein führen soll, mit Machtbefugnissen verbinden. Das ist selbstverständliche Grundlage jeder realen Politik, deren wir heute weniger als je entraten können. Anders die Unabhängigen, die, wie ihre Brüder von der Reichheitspartei, die Unterzeichnung des Ultimatum forderten, aber um deswillen aus ihrer bisherigen Oppositionsstellung nicht heraustraten wollten. Eine Auffassung, über die sich mit ihnen kaum streiten läßt.

Jedenfalls: Das Ultimatum ist angenommen, und damit in der Außen- wie in der Innenpolitik für das Deutsche Reich eine völlig neue Lage entstanden. Wer sich den Blick durch noch so bestige Gemütsregungen nicht trüben läßt, wird die neue Regierung trotz aller parteipolitischen Gegenfähigkeiten in ihrem Bestreben, die augenblicklichen Vorteile der Unterzeichnung des Ultimatum dem deutschen Volke so lange wie irgend möglich zu sichern, unter allen Umständen unterstützen. Wollte man statt dessen Herrn Dr. Birtz und seine Anschließenden von vornherein auf Schritt und Tritt zu behindern suchen, so wäre das ungeheuerliche Opfer des Reichstagsbeschlusses umsonst gebracht — und das Schicksal des deutschen Volkes wäre unweigerlich besiegelt.

Die Note an die Alliierten.

Berlin, 11. Mai.

Der deutschen Volkschaft in London ist in der vergangenen Nacht folgende Note zur Übermittlung an Lloyd George telegraphisch überliefert worden:
 „Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschlebung der alliierten Mächte vom 5. 5. 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären:
 Die deutsche Regierung ist entschlossen: 1. ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgesetzt sind, zu erfüllen; 2. ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantienmaßnahmen anzunehmen und zu verwirklichen; 3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abdrückung von Land, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. Mai 1921 notifiziert worden sind, wobei die rüchändigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind; 4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Abweilung der Kriegsschuldigen durchzuführen und die übrigen unersüllten, im ersten Teile der Note der alliierten Regierungen vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen.“

Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen. ad. Birtz.
 Diefelbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

Das „Ja“ des Reichstages.

Stimmungsbild eines parlamentarischen Mitarbeiter.

Berlin, 11. Mai.

Genau wie in den Weimarer Schicksalstagen vor zwei Jahren, die jedem, der sie miterlebte, schwer in der Erinnerung lafen, war der jetzige folgenschwere Entschluß zur Annahme des Entente-Ultimatums mit einem Regierungswechsel verbunden. Genau wie damals gingen tagelange Verhandlungen hinter den verschlossenen Türen der Fraktionszimmer voraus. Von hin und herschwanfenden Erwägungen und Stimmungen getrieben, hielt man bald eine zustimmende, bald eine ablehnende Antwort für wahrscheinlich. Auch diesmal bestand die Gefahr, daß die gefestigte Frift verstreuen würde, bevor der Reichstag zu einem endgültigen Beschlusse kam. Je näher die Entscheidungsbühne heranrückte, um so unentwirrbarer wurde die Fülle der einander jagenden neuen Kombinationen und Versuche, eine Regierung zu bilden, die, nachdem bereits seit Sonnabend schänd, daß sich eine Mehrheit für die Annahme des Ultimatum finden würde, nicht nur bereit wäre, diesen Entschluß durchzuführen, sondern die auch über die nötige parlamentarische Grundlage verfügte, um ein politisch tragfähiges Kabinett zu bilden. In den gestrigen Nachmittagsstunden endlich führten die Beratungen des Reichspräsidenten Ebert mit den Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie zur Einigung auf einer neuen Regierungsgrundlage. Es kamen jedoch die Abendsstunden heran, ehe man auch die Demokraten zur Teilnahme an der neuen Koalition bewegen konnte und ebe die auch jetzt noch unvollständige Ministerliste in aller Eile

soweit zusammengestellt war, daß der neue Reichskanzler mit seinem Ministerium und seinem Programm vor den Reichstag treten konnte.

Von den Vormittagsstunden an herrschte im Reichstag ein aufgeregtes Hin- und Herbastern der Parlamentarier und der Regierungsmänner, der Parteimitglieder und der Journalisten, wie man es trotz unserer doch wahrlich nicht ruhigen Zeiten seit langem nicht mehr erlebt hat. Das Stimmungsgewirr in der großen Wandelhalle steigerte sich von Stunde zu Stunde, während der auf 7 Uhr angeleszte Beginn der Sitzung wegen der ersten vorläufigen Beratungen des neuen Kabinetts immer weiter hinausgeschoben werden mußte. Endlich gegen 9 Uhr riefen die Gloden Signale die Abgeordneten in den Saal. Auf der Regierungsbank hatte der neue Reichskanzler mit den Mitgliedern seines Ministeriums Platz genommen, während die zurückgetretenen Minister, wie es nach dem parlamentarischen System üblich ist, wieder ihre Plätze in den Reihen ihrer Fraktionen eingenommen hatten. Obwohl jeder Mann wußte, was von dieser Stunde zu erwarten war, so lag doch eine atembeklemmende Spannung über dem ganzen bis auf den letzten Maß der Tribünen besetzten Hause, als Präsident Ebert die Sitzung eröffnete.

Man muß es dem neuen Reichskanzler Dr. Birtz zugestehen, daß er sich seiner gewiß nicht beneidenswerten Aufgabe, dem Reichstage im Namen der neuen Regierung die Annahme des Ultimatum zu empfehlen, in jenem würdevollen Tone der Entschiedenheit und Festigkeit entledigte, die dem Ernste der Stunde angemessen war. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Zustimmung die Übernahme ungeheurer finanzieller Lasten auf lange Zeit hinaus in sich schließt, nach seiner Auffassung und nach der Ansicht der Mehrheit stellt das aber das kleinere Übel dar, gegenüber der Zwangsbollstreckung, welche die Gegner im Falle einer Ablehnung unter der Drohung feindseliger Bajonette und der Zerreißung des geschwächten deutschen Wirtschaftskörpers über uns verhängen würden. Ebenso betonte er aber, daß die selbstverständliche Voraussetzung, daß nunmehr die angebotenen Zwangsmaßnahmen nicht durchgeführt werden dürfen, die Grundlage der deutschen Zustimmung bilden muß.

Geschäftsordnungsmäßig folgte zunächst die Aussprache der Parteien, ehe zur Abstimmung geschritten werden konnte. In dieser Debatte wurde der sachliche Ton der Regierungserklärung nicht von allen Rednern innegehalten. Der Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, der Abg. Bels, knüpfte an die Erklärung seiner Partei, welche für die Annahme eintrat, scharfe Angriffe auf die beiden Reichsparteien, denen er den Vorwurf machte, daß sie sich der Verantwortung für die Konsequenzen dieser Situation entzogen hätten, an deren Entstehung nach seiner Auffassung ausschließlich eben diese bürgerlichen Parteien die Schuld tragen sollen. Das blieb nicht ohne Antwort von rechts. Zunächst sprachen jedoch die Abgeordneten Trimborn und Dr. Strejemann für das Zentrum und die Deutsche Volkspartei in kurzen formulierten Erklärungen, wobei der Zentrumsabgeordnete den Standpunkt vertrat, daß das deutsche Volk bei Annahme des Londoner Ultimatum weniger Gefahr laufe als bei der Ablehnung, während der Sprecher der Deutschen Volkspartei die ablehnende Haltung seiner Freunde damit begründete, daß ihrer Auffassung nach die von uns geforderten Leistungen ohne den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens nicht erfüllt werden könnten. Besonderer Wert legte er darauf, festzustellen, daß die einzige Garantie, die einen Teil seiner Freunde zur Annahme der Forderungen hätte bewegen können, die Sicherung Oberschlesens, von der Entente nicht gegeben sei und daß infolgedessen auch die letzte Voraussetzung für eine Zustimmung hinfällig wurde. Die obereschlesische Frage stand auch im Mittelpunkt der längeren Rede des deutschnationalen Abg. Hergt, der dem Standpunkte seiner Partei entsprechend das Ultimatum restlos ablehnte. Seine Worte über die moralische Bedeutung der Entscheidung, die Ausführungen über Ehre und Würde des Volkes blieben nicht ohne lauten Widerspruch auf der Bank des Hauses. Hergts Darlegungen gaben auch dem unabhängigen Redner, dem Abg. Ledebour sowie dem Demokraten SaaS Veranlassung, an ihre im Auftrage der Fraktionen vorlesenen Erklärungen noch weitere Erörterungen parteipolitischen Natur anzuschließen. Während der Rede des kommunistischen Redners, die wieder auf die Note „Weltrevolution“ abgestimmt war, verließen sehr viele Abgeordnete den Saal, fanden sich jedoch sofort wieder zusammen, als am Schluffe der Führer der Bayerischen Bauernpartei, Dr. Heim, nochmals seine Gesichtspunkte gegen die Annahme des Ultimatum geltend machte, dabei aber in bemerkenswerter Weise die Hoffnung ausdrückte, daß an einem Abbau der Selbstschutzorganisationen nunmehr gedacht werden könne.